

Rechtsextreme Strukturen im Nordwesten Brandenburgs am Beispiel des „Schutzbund Deutschland“

Als Mobiles Beratungsteam im Regionalbüro Neuruppin sind wir in den Landkreisen Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel beratend tätig. Nach vielen Jahren Beratungsarbeit in der Region werden wir in immer mehr Kommunen als kompetente Ansprechpartner für das Thema Rechtsextremismus wahrgenommen. Insbesondere unsere regionalspezifischen Kenntnisse werden immer stärker eingefordert.

Der „Schutzbund Deutschland“ stellte in der Region, in der wir tätig waren, die wichtigste rechtsextreme Organisation dar. Wir sahen es daher als eine unserer wichtigsten Aufgaben, uns mit dieser Organisation zu beschäftigen, um in den Kommunen über ihre Struktur, Zielsetzung und Strategie informieren und aufklären zu können. Dieser über Jahre stattfindende Aufklärungsprozess in den Kommunen hat sicherlich die Auseinandersetzung und somit die offizielle Ächtung dieser Organisation in der Region wesentlich gefördert. Die Stadt Perleberg z. B. hat eine von allen Parteien unterschriebene Erklärung verabschiedet, in der sie sich ausdrücklich von der Ideologie des „Schutzbund Deutschland“ distanziert. Darüber hinaus wurden die Bürger in dieser Erklärung dazu aufgerufen, sich gegen die Aktivitäten des „Schutzbund Deutschland“ zu wehren, indem sie deren Flugblätter, Aufkleber und Plakate aus dem öffentlichen Raum entfernen.

Der folgende Beitrag stellt im Kern eine Zusammenfassung unserer Rechercheergebnisse zum „Schutzbund Deutschland“ dar, wie wir sie als Beraterin und Berater in die Kommunen hineingetragen haben.

Zur Entwicklung des „Schutzbund Deutschland“

Der „Schutzbund Deutschland“ ist eine Organisation, die aus dem ehemaligen NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin hervorgegangen ist. Dem ehemaligen Chef dieses NPD-Kreisverbandes, Mario Schulz, einem Landwirt aus Cumlosen, gelang es bereits bei den Kommunalwahlen 1998 und 2003 als NPDler einen Sitz im Prignitzer Kreistag zu erringen. Parallel dazu schaffte es einer seiner Getreuen, Mathias Wirth, im Oktober 2003 in das Wittstocker Stadtparlament gewählt zu

werden. Auch nachdem beide nicht mehr Vertreter der NPD im jeweiligen Kreistag und Stadtparlament waren, behielten sie ihre Mandate.

Der damalige NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin spaltete sich bereits Ende 2003 von der NPD ab. Als offizieller Grund dafür wurde die Aufstellung eines NPD-Kandidaten bosnischer Herkunft für die Europawahl angegeben. Der NPD-Ortsverband Trier hatte den Deutsch-Bosnier Safet Babic als seinen Europakandidaten aufgestellt. Bereits im Vorfeld hatte es auf Bundesebene rege Diskussionen gegeben, ob eine derartige Öffnung für Menschen nichtdeutscher Herkunft mit dem Parteiprogramm und den Zielen der NPD vereinbar wäre. Der damalige Vorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN), Jens Pakleppa, und Mario Schulz waren der Ansicht, dass mit der Nominierung Babics die NPD ihren Grundsatz, wonach nur derjenige Deutscher ist, der deutschen Blutes sei, verraten habe.

Am 1. Februar 2004 gründeten Jens Pakleppa und Mario Schulz in Vetschau gemeinsam mit ca. 100 Anwesenden die Bewegung Neue Ordnung (BNO). Es ist anzunehmen, dass bei der Namensgebung ein zumindest symbolischer Bezug zu anderen europäischen Rechtsextremisten hergestellt werden sollte, wie z. B. zur rechtsextremen Terrororganisation „Ordine Nuovo“ (ital. Neue Ordnung). Ordine Nuovo und deren Ableger verübten in Italien zwischen 1969 und 1980 mehrere Bombenattentate, bei denen insgesamt über hundert Menschen ums Leben kamen.¹

Bereits am 4. Februar 2004 tauchte erstmals das Grundsatzprogramm der BNO in der Öffentlichkeit auf. Sechs Personen, die der BNO zuzuordnen waren, statteten in Pritzwalk der neu gegründeten antirassistischen Initiative „Gesicht Zeigen“ uneingeladen einen Besuch ab und legten den Anwesenden ihr Grundsatzprogramm vor, um es zu erläutern. Das Mobile Beratungsteam befand sich zufällig unter den Anwesenden, da es an diesem Abend zu einer Beratung mit der Initiative „Gesicht Zeigen“ eingeladen war. Den BNO-Mitgliedern wurde von der Initiative zehn Minuten Zeit zur Darstellung eingeräumt, um danach die Räumlichkeiten zu verlassen. Zwar wurden einige von ihnen ausfallend als sie nach Ablauf der zehn Minuten tatsächlich aufgefordert wurden zu gehen, doch verließen sie die Räumlichkeiten letztendlich wie vereinbart.

Zur Brandenburger Landtagswahl 2004 trat die BNO unter dem Namen „JA zu Brandenburg“ an die Öffentlichkeit. Insgesamt kan-

¹ Vgl. Daniele Ganser: Nato-Geheimarmeen und ihr Terror. In: „Der Bund“, Bern, 20.12.2004, S. 2ff.

didierten zehn Personen für „JA zu Brandenburg“ mit Mario Schulz, Mathias Wirth und Lutz Meier an der Spitze. Für den gesamten nord-westlichen Teil Brandenburgs waren Wahlkreisandidaten aufgestellt worden. Allerdings fiel auf, dass die direkt an Potsdam oder Berlin liegenden Wahlkreise im Speckgürtel mit unbedeutenden Kandidaten versehen waren, während die wichtigeren Kandidaten in den ländlichen Gebieten aufgestellt wurden. Auf ihrer Webseite erklärte „JA zu Brandenburg“, nicht an einer Mitarbeit im Landtag interessiert zu sein, sondern einzig und allein am Bezug der Wahlkampfkostenerstattung für die weitere Verbreitung ihrer Flugblätter. „JA zu Brandenburg“ verfehlte sein selbsternanntes Ziel, 1% der Stimmen zu erhalten und erreichte nur 0,4 % (4.107 Stimmen). Wichtig in diesem Zusammenhang aber ist, dass die BNO als „JA zu Brandenburg“ erstmals im Internet präsent war und somit der Weg für den bald darauf folgenden Internetauftritt des „Schutzbund Deutschland“ geebnet wurde.

In einer Zwischenphase, vom Abschalten der „JA zu Brandenburg“-Homepage bis zum Auftritt des „Schutzbund Deutschland“ und ein wenig darüber hinaus, tauchten Flugblätter mit rechtsextremen Inhalten auf, die „Heimat-Arbeit-Zukunft“ als presserechtlich Verantwortliche angaben. Im Prinzip setzte der „Schutzbund Deutschland“ eine Strategie um, die einst von Michael Kühnen verkündet wurde: Neonazistische Organisationen sollten regelmäßig ihre Namen ändern bzw. unter verschiedenen Synonymen operieren, um die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Die Bezeichnung „Schutzbund Deutschland“ war im Prinzip auch nur ein Synonym, welches zwei Jahre lang verwendet wurde. Hinter dem „Schutzbund Deutschland“ verbirgt sich die „Bewegung neue Ordnung“ (BNO). Die BNO wurde unter dem Namen „Schutzbund Deutschland“ in der Öffentlichkeit bekannt und auch als solcher verboten.

Im Herbst 2004, trat der „Schutzbund Deutschland“ mit einer Internetseite an die Öffentlichkeit, auch wenn sie anfangs noch sehr textlastig war. Jedoch wurde die Internetseite des „Schutzbund Deutschland“ mit der Zeit immer professioneller und „userfriendly“. Anstatt lange geschichtsrevisionistische und weltanschauliche Texte zur Verfügung zu stellen, entwickelte sich die Webseite zu einer aktionsorientierten und interaktiven Plattform für die rechtsextreme Szene in der Region. Es konnten Flugblätter und Aufkleber über die Webseite bestellt oder heruntergeladen werden, sowie eine vom „Schutzbund Deutschland“ herausgegebene Zeitschrift mit dem Titel „Ein junges Volk“, die sich explizit an Jugendliche wandte. Des Weiteren wurde

auch ein Radioprogramm über das Internet verbreitet, welches, nach eigenen Angaben, 24 Stunden am Tag zu empfangen war.

Fast zwei Jahre lang gehörten die Flugblätter vom „Schutzbund Deutschland“ zur Normalität in vielen Kleinstädten der Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Potsdam-Mittelmark. Die Flugblätter thematisierten Spekulantentum, Arbeitslosigkeit, soziale Not und offene Ablehnung vermeintlich „undeutscher“ Menschen. Ihr bekanntestes Flugblatt war wohl das, welches den farbigen Spieler der deutschen Fußballnationalmannschaft, Gerald Assamoa, abbildete und mit dem Satz versah „Nein Gerald, du bist nicht Deutschland, du bist BRD!“. Mit der Rückendeckung seines Vereins klagte Gerald Assamoa in diesem Zusammenhang gegen den „Schutzbund Deutschland“ wegen Beleidigung. Das Gerichtsverfahren kam den „Schutzbund Deutschland“ teuer zu stehen. Durch die „Nein Gerald, du bist nicht Deutschland, du bist BRD!“-Aktion kam er aber erstmals bundesweit in die Schlagzeilen.



Kurz vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft 2006 nutzte der „Schutzbund Deutschland“ die Debatte um „No-Go-Areas“ in bestimmten Gebieten Ostdeutschlands und sprang gewissermaßen auf den fahrenden Zug auf. Auf seiner Webseite warb er mit dem passenden Aufkleber zu der Debatte um die „No-Go-Areas“ und erklärte „helfen Sie mit, Deutschland wieder sicherer zu machen und markieren sie die „No-Go-Areas“, damit auch die Älteren, die Kinder, die Frauen und auch der Nachbar nicht mehr zum Opfer werden“.² Neben einem Profilierungsversuch war dies auch eine Einschüchterungsaktion gegen Migranten, da die Aufkleber gezielt an Orten angebracht wurden, an denen Menschen mit Migrationshintergrund verkehrten. In der Region waren das hauptsächlich von Migranten betriebene Gaststätten und Imbisse. Insgesamt kann das Funktionalisieren bundesweiter Mediendebatten für die eigenen Zwecke als eine konstante Strategie des „Schutzbund Deutschland“ beschrieben werden.

Dies war allerdings die letzte Aktion des „Schutzbundes Deutschland“, da er am 26. Juni 2006 vom Innenminister des Landes Brandenburg verboten wurde. Anfang Juli 2006 wurden 13 Wohnungen von Mitgliedern des „Schutzbund Deutschland“ im Norden und Westen Brandenburgs von der Polizei durchsucht. Gefunden wurden eine riesige Anzahl von Flugblättern und Plakaten mit rechtsextremem Inhalt; in einer Wohnung in der Prignitz wurde eine teure professionelle

² Quelle: <http://www.schutzbund-deutschland.de/>, eingesehen am 21.06.2006.

Druckerwerkstatt ausfindig gemacht. Insbesondere die Beschlagnahme dieser komplett ausgestatteten Druckerwerkstatt hat die Schlagkraft der organisierten rechtsextremen Szene im Nordwesten Brandenburgs, zumindest vorübergehend, geschwächt.³

Eine Ersatzorganisation für den verbotenen „Schutzbund Deutschland“ ließ allerdings nicht lange auf sich warten. Wenige Tage nach dem Verbot tauchte bereits ein Flugblatt auf der Webseite vom „Nationalen Widerstand“ auf, das mit den Flugblättern des „Schutzbund Deutschland“ fast deckungsgleich war. Anstatt „Schutzbund Deutschland“ trat nun die „Bewegung Neues Deutschland“ als Herausgeber des neuen Flugblatts auf. Es dauerte nur einige Wochen bis die Flugblätter von „Bewegung Neues Deutschland“ wieder in den Briefkästen der Prignitz und Ostprignitz-Ruppin zu finden waren. Als Zwischenlösung wurden von dem „Schutzbund Deutschland“ nahe stehenden Personen kurzzeitig Flugblätter von der Märkischen Aktionsfront aus Mecklenburg Vorpommern verteilt. Bereits im August 2006 war die „Bewegung Neues Deutschland“ auch wieder im Internet präsent. Allerdings ist die Intensität der Flugblattverteilung bisher nicht mit der vor dem Verbot des „Schutzbund Deutschlands“ zu vergleichen.

Bei den Ermittlungen gegen den „Schutzbund Deutschland“ geht es um einen Personenkreis der ca. 15 Leute umfasst. Der „Schutzbund Deutschland“ hat allerdings Klage gegen das Verbot eingereicht. Der Anwalt des ehemaligen Schutzbund-Vorsitzenden Mario Schulz gab sich der Presse gegenüber siegessicher: „Das Innenministerium hat beim Verbot dilettantische Fehler begangen. Ich sehe der Entscheidung des Gerichts optimistisch entgegen“.⁴ Es handelt sich hierbei um den Anwalt Markus Beisicht, der auch Vorsitzender der rechtsextremen Gruppe „Pro Köln“ e.V. ist, die mit fünf Mitgliedern im Kölner Stadtparlament vertreten ist.⁵ Eine Hauptargumentation der Anwälte aus Leverkusen ist, dass das Verbot rechtswidrig ist, weil der „Schutzbund Deutschland“ überregional tätig gewesen sei und in mehreren Bundesländern wie Berlin und Sachsen-Anhalt Dependancen unterhalten habe, das Verbot aber vom Brandenburgischen Innenministerium ausgesprochen wurde. Da passt es gut ins Bild, dass die Ersatzorganisation „Bewegung Neues Deutschland“ in Leipzig gemeldet ist.

³ Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung vom 06.07.2006.

⁴ Quelle: Berliner Morgenpost vom 18.08.2006.

⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2004.

Zur Programmatik und politischen Zielsetzung

Programmatisch knüpft der „Schutzbund Deutschland“ an das 25-Punkte-Programm der NSDAP an und gibt sich somit offen neonazistisch. Die Programmatik neonazistischer Organisationen kann zwischen den einzelnen Gruppen variieren, doch gibt es eine gemeinsame ideologische Basis, die u. a. im Zentralorgan (Hrg. 1998) und auf Internetseiten (z.B. Nationaler Widerstand) nachzulesen ist. Demnach haben sich „Freie Kräfte“ zuerst „dem Volke und der Nation“ zu verpflichten. Gemein sei allen „Freien“, eine „nationalsozialistische Gesinnung“ und eine „revolutionäre Grundhaltung“.⁶

Gemäß ihrer im Internet nachzulesenden Präambel will die BNO den „biologischen Bestand des Volkes erhalten“ und „sich dieser Aufgabe mit aller Kraft widmen“. Ihr Ansatzpunkt ist „ein revolutionäres Bewusstsein“, dessen Wurzeln in „der deutschen Weltanschauung“ liegen sollen. Im Zentrum von allem steht für sie das deutsche Volk. „Deutscher ist, wer deutschen Blutes ist.“ Alles hat sich einem vermeintlichen „Wesen des Volkes“ unterzuordnen, Staat und Wirtschaft, Kunst und Kultur, der Einzelne. Darüber hinaus werden die Revision der europäischen Nachkriegsordnung und die Eingliederung der „geraubten“ Gebiete gefordert.⁷ Ihr immer wieder formuliertes Ziel ist die Zerstörung des „BRD-Systems“ und die Schaffung einer „neuen Ordnung“ nach ihren Gesetzen. Der „Schutzbund Deutschland“ begreift sich als Volksbewegung mit dem Ziel, die Bundesrepublik in eine „Volksgemeinschaft“ umzustrukturieren und die pluralistische Demokratie abzuschaffen. Wie auch andere, insbesondere „Freie Kräfte“ aus dem rechtsextremen Spektrum, denken sie in Generationenzeiträumen:

„Deutschland aber, unser Deutschland werden wir dereinst auf den Trümmern des BRD-Systems aufbauen. Ein Deutschland der Arbeit und der Leistung, eine Heimstatt für unsere Volksgemeinschaft statt Geldpresse des raffenden Kapitals. Und wenn das BRD-System zusammengebrochen ist, werden wir sagen: Das war ein guter Tag für Deutschland!“⁸

⁶ Vgl. Thomas Grumke, Bernd Wagner: *Handbuch Rechtsradikalismus*, S.393-394ff, Opladen 2002.

⁷ Vgl. www.verfassungsschutz.brandenburg.de: „*Bewegung neue Ordnung*“ (BNO) Neue rechtsextremistische Organisation in Brandenburg, eingesehen am 26.02.2004.

⁸ Quelle: Deutsche Jugend, V.i.S.d.P, Christof Schmidt, 16921 Pritzwalk, Postfach 1089. *Ein junges Volk, Zeitung für die deutsche Jugend, Laß dich nicht entwurzeln: „Deutschland oder BRD“*, ohne Seitenangabe, 2005.

Hura, hura!

Wir sind



Weltmeister

Die BRD hat es geschafft!

Die Deutschen sind die unangefochtenen Weltmeister

- bei der Staatsverschuldung (über 1,5 Billionen €, Tendenz steigend)
- bei der Arbeitslosigkeit (real fast 10 Millionen Arbeitslose)
- bei den Abtreibungen (über 130.000 Kindstötungen pro Jahr)
- bei der Schwarzarbeit (über 100 Milliarden € gehen jährlich an der Steuer vorbei)
- bei der demographischen Fehlentwicklung (fehlende Kinder)
- bei der gezielten Arbeitsplatzvermittlung und –verlagerung ins Ausland
- bei den steigenden Lebenshaltungskosten und sinkenden Löhnen
- bei der Integration von mittlerweile mehr als 14 Millionen Ausländern
- bei der Finanzierung der EU (BRD zahlt den größten Anteil)
- beim Abbau des Sozialstaates
- bei der Verunglimpfung und Verfeumdung der eigenen Geschichte
- ..

Deutschland wird abgewickelt!

Und immer noch lassen wir dies alles ohne Widerworte über uns ergehen.

Was muß eigentlich noch passieren, bis der Deutsche aufsteht und die Geschehnisse wieder in seine Hände nimmt?

Deutschland ist uns zu wichtig, als daß wir es solchen Mächenschaften ausliefern wollten.

Es ist an der Zeit, daß wir wieder Weltmeister werden und uns durch die Leistungen und die Schaffenskraft unseres Volkes auszeichnen. Ob Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften, Sport oder Kultur. Ein gesundes und starkes Volk vermag Höchstleistungen in allen Bereichen aus eigener Kraft zu erringen, ohne daß es sich mit den Leistungsträgern anderer Völker und Nationen schmücken muß. Ist die BRD erst Teil der Geschichte, kann auch Deutschland wieder durchatmen und aus eigener Kraft zu neuer Blüte heranwachsen.

▪ **Bewegung Neues Deutschland** ▪

Postfach 101540, 04015 Leipzig
Kopf: Axel Langner, Photos: Walter, Uwe Strömgren

Ganz im Sinne einer neonazistischen Organisation hat der „Schutzbund Deutschland“ keine offiziellen Mitglieder, sondern nur Aktivisten und Unterstützer. Auf ihrer Internetseite wurden diese Personen als „Förderer“ beschrieben, wobei die Aktivisten als „aktive Förderer“ und die Unterstützer als „stille Förderer“ titulierte wurden. Alle „Förderer“ waren aufgefordert einen Mindestbetrag von 5,00 Euro im Monat beizusteuern, wobei die „Richtschnur für die Höhe der Spende 3% des eigenen Bruttolohns sein sollte“. Während für den „stillen Förderer“ die reine finanzielle Unterstützung (vor allem „alters- und gesundheitsbedingt“) als ausreichend angesehen wurde, sollte der „aktive Förderer“ regelmäßig, insbesondere in seinem Umfeld, Propaganda verteilen und „möglichst einen eigenen Verteilerkreis aufbauen“.

Der „Schutzbund Deutschland“ unterscheidet sich hinsichtlich seiner Programmatik etwas deutlicher von anderen rechtsextremen Kräften wie z. B. dem Märkischen Heimatschutz (MHS)⁹, insofern er den Fokus auf die Landwirtschafts- und Agrarpolitik richtet. Dies kann sicherlich damit erklärt werden, dass Mario Schulz wie auch andere Aktivisten des „Schutzbund Deutschland“ Landwirte sind. Darüber hinaus ist das Hauptaktionsfeld des „Schutzbund Deutschland“ der ländliche Raum, insbesondere die Prignitz mit ihren überdurchschnittlich großen Nutzflächen. Im Wahlprogramm von „JA zu Brandenburg“ z. B. hieß es:

„Wir brauchen eine neue Landwirtschafts- und Agrarpolitik. Der Brandenburger Bauer muss wieder als Ernährer des Volkes wahrgenommen werden und einen entsprechenden Stellenwert in der Landesförderung erhalten“.¹⁰

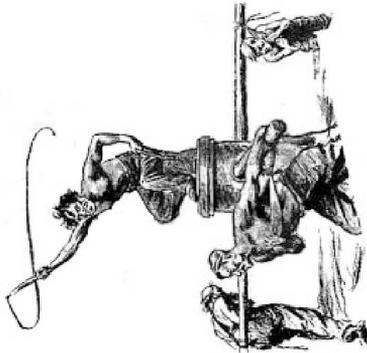
Auch in weiteren Veröffentlichungen wird immer wieder auf die Agrar- und Landwirtschaftspolitik Bezug genommen und sinngemäß gefordert, dass das „Deutsche Volk“ sich ausschließlich vom dem, was auf „deutschem Boden“ wächst, zu ernähren hat.

Von seinem Selbstverständnis her begreift sich der „Schutzbund Deutschland“ nicht als Partei, Verein oder Organisation sondern als

⁹ Anfang November 2006 hat sich der „Märkische Heimatschutz“ (MHS), der zu den führenden rechtsextremen Organisationen in Brandenburg zählte, aufgelöst. Nach Informationen des Tagesspiegels vom 07.11.2006 ist die Gruppierung damit nur knapp einem bevorstehenden Verbot durch das brandenburgische Innenministerium entgangen.

¹⁰ Quelle: <http://www.ja-zu-brandenburg.de/>, eingesehen am 30.08.2004.

Unser Volk



in der Hand von Spekulanten und Zinshäien

Die BRD ist der Schlüssel zur Ausplünderung unseres Volkes durch das raffende Kapital

Spekulationsgewinne sind Diebstahl!

Wie lange wollen wir uns das noch mit anschauen, wie sich einige Schmarotzer auf Kosten unseres Volkes an unserem Volksvermögen bedienen? Die BRD-Partei-Kadaver liefern uns an das raffende Kapital aus, statt uns vor diesen Schmarotzern zu beschützen. Und nicht nur das, die BRD-Politiker pressen uns immer höhere Steuern ab, damit sie den Zins und Zinsezins für die ständig wachsende Staatsverschuldung aufbringen können. An jeder Herztablette, an jedem Kinderspielzeug, an jedem Liter Benzin oder Wasser, überall machen die Spekulantensatte Gewinne. Aus unserer Jugend werden umherziehende Arbeitsnomaden, die mit Niegern, Polen usw. um die Arbeit streiten müssen. Selbst Familienväter werden um des Profits willen entlassen. Selbst an unserer Altersvorsorge verdienen sie Milliarden.

Brechung der Zinsknechtschaft, Zerschlagung der Börsenmafia!

In unserem Deutschland wird es keinen Platz für Zinshäie, Spekulantensatte und Schmarotzer geben. Es wird ein Deutschland der Leistung und der Arbeit sein, unsere Volkswirtschaft wird der Garant für Vollbeschäftigung und Wohlstand des gesamten deutschen Volkes sein und nicht enger weniger. Eine neue Ordnung statt der alten Unordnung! Wir schaffen das Recht auf Arbeit für jeden Deutschen. Schluss mit dem Diebstahl an der Zukunft unserer Kinder. Mit dem BRD - System wird auch das kranke und asoziale Wirtschaftssystem verschwinden.

WWW.Schutzbund-Deutschland.de

Postfach 200639, 06006 Halle

Glauben Sie auch nicht mehr an das BRD-System?
Dann werden Sie Förderer vom "Schutzbund Deutschland",
Spandenkonto, Sonderkonto Ch. Schmidt, Sparkasse Pflanzitz,
Kontonummer: 1220142983, BLZ: 16050101

V.i.S.d.P.: Hans Schutz, 1621 Pflanzitz, Postf. 1059

eine „Aktionsplattform zur Erstellung und Verteilung von politischer Propaganda“. Der „Schutzbund Deutschland“ ist von seiner Organisationsstruktur her also nicht als „Kameradschaft“ zu verstehen, sondern als Koordinierungs- und Organisationsbüro für die rechtsextreme Szene im Nordwesten Brandenburgs, insbesondere in der Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Potsdam-Mittelmark. In diesem Sinne organisieren die Mitglieder Demonstrationen und Kundgebungen, halten Vorträge, organisieren Schulungen, unterhalten Internetseiten und koordinieren temporäre „Zweckbündnisse“ mit anderen rechtsextremen Organisationen wie z. B. der Mecklenburgischen Aktionsfront oder auch der NPD.

Zu den Aktionsfeldern und Strategien

Vornehmlich in den Jahren 2001 bis 2004 folgten Mario Schulz und seine Anhänger der altbewährten Strategie der SA, über zahlreiche Aufmärsche und Kundgebungen die Straße zu erobern. Insbesondere Wittstock war in den Jahren 2002 bis 2004 immer wieder Schauplatz von Aufmärschen und Demonstrationen zu den unterschiedlichsten Themen. Vor allem zum Anlass des Todestags von Rudolf Hess am 17. August, hatten die Aufmärsche in Wittstock in den Jahren 2003 und 2004 bereits überregionale Bedeutung innerhalb der rechtsextremen Szenen in Nordostdeutschland gewonnen. Der aktive Kern von ca. 15 Personen, die sich um Mario Schulz herum gruppieren, war in der Lage, relativ kurzfristig ca. 150 Personen zu mobilisieren und innerhalb weniger Tage einen Aufmarsch durchzuführen.

Im August 2004 schafften es die Bürger und Bürgerinnen Wittstocks, endlich ein deutliches Zeichen gegen die regelmäßigen Aufmärsche des „Schutzbund Deutschland“ bzw. der BNO zu setzen. Während der Versuch einer Demonstration gegen den Aufmarsch zum Todestag von Rudolf Hess im Jahr 2003 scheiterte und die Rechtsextremen unbehelligt, ja gar mit offenem Zuspruch aus Teilen der Bevölkerung, durch Wittstock marschieren konnten, wurden sie im darauf folgenden Jahr symbolisch aus der Stadt gekehrt.

Das damalige „Aktionsbündnis Couragiert gegen Rechts – für ein tolerantes Wittstock“ (Heute „Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung“) hatte zur Demonstration unter dem Motto „Wir kehren den braunen Müll aus unserer Stadt“ aufgerufen. Die Stadt hatte hierzu eine Kehrmachine bereitgestellt und ein Teil der Demonstranten hatte Besen zum symbolischen Kehren



Rechtsextreme Heß-Verehrung

mitgebracht. Ungefähr hundert Personen, unter ihnen viele Jugendliche, sowie auch der Wittstocker Bürgermeister Lutz Scheidemann, eroberten an diesem Tag durch eine sehr kreative, bunte und laute Aktion den öffentlichen Raum zurück. Obwohl die Rechtsextremen an diesem 18. August 2004 rein zahlenmäßig den Gegendemonstranten leicht überlegen waren, so stellte dieser Aufmarsch doch eine Blamage für sie dar. Ihre gesamte Demoroute, inklusive Marktplatz auf dem die zentrale Kundgebung stattfand, war von Plakaten gesäumt, auf denen ihnen klar verdeutlicht wurde, dass sie und ihre Ideologie unerwünscht sind. Die angebrachten Plakate und die anschließende Gegendemonstration ließen ein Bild in den Medien entstehen, das die rechtsextremen Demonstranten lächerlich machte. Die „demokratischen Kräfte“ hatten an diesem Tag den „Kampf um die Bilder“ eindeutig gewonnen. Dieser gesamte Prozess war intensiv vom Mobilien Beratungsteam begleitet worden.

Überraschenderweise blieb die Demo vom 18. August 2004 die bisher letzte öffentliche Kundgebung des „Schutzbund Deutschland“ bzw. der BNO. Inwiefern die Gegenaktion hierbei ausschlaggebend war, lässt sich nur schwer beurteilen. Auf jedem Fall aber kann von diesem Zeitpunkt an eine Veränderung der rechtsextremen Strategie beobachtet werden. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten verlagerte sich von der „Eroberung der Straße“ auf die „Eroberung der Köpfe“. Dies geschah insbesondere über den Ausbau der Vernetzung mit Hilfe ihrer Internetpräsenz, das Propagieren eigener politischer Inhalte und Stellungnahmen zu tagespolitischen Themen und über die Verteilung von Flugblättern.

Die Zielgruppe der Flugblätter des „Schutzbund Deutschland“ sind Erwachsene mit niedrigem bis mittlerem Bildungsrad; generell versuchen sie, an die sozialen Notlagen der Bevölkerung anzudocken. Ihre Flugblätter thematisieren Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Perspektiven für Kinder, Diäten der Abgeordneten, demografischen Wandel, Gedenktage, Spekulantentum, Arbeitslosigkeit und offene Ablehnung vermeintlich „undeutscher“ Menschen. Beobachtet man die räumliche Verteilung der Flugblätter, so stellt man fest, dass diese schwerpunktmäßig in Plattenbaugebieten der Kleinstädte verteilt werden. Zum einen mag es bewusste Strategie sein, zum anderen hängt es sicherlich auch damit zusammen, dass die Verteiler dieser Flugblätter selber oft in diesen Gebieten leben. In jedem Fall wird bei der Verbreitung von Flugblättern strategisch darauf abgezielt, immer wieder in den gleichen Gebieten über Jahre hinweg die gleichen Botschaften zu transportieren:

„Steter Tropfen höhlt den Stein.

Flugblattaktionen sind nur dann sinnvoll, wenn sie in regelmäßigen Abständen mit neuen Themen wiederholt werden, erst die ständige Wiederholung bringt die gewünschte Öffentlichkeit. Dass wir auch auf andere Weise mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln das, was wir zu sagen haben, an das Volk herantragen, versteht sich von selbst. Mit diesem Internet-Auftritt und den ersten bereits bundesweit durchgeführten Flugblattverteilungen ist ein kleiner, aber immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung getan“.¹¹



Demonstration gegen Rechtsextreme, Wittstock 2004

¹¹ Quelle: <http://www.bewegung-neues-deutschland.info/start.html>, eingesehen am 24.10.2006.

Die Aktivisten des „Schutzbund Deutschland“ werden in ihrem Wohnumfeld, insbesondere in den Dörfern, überwiegend als eher hilfsbereite, fleißige und höfliche Zeitgenossen wahrgenommen. In Cumlosen ist über Mario Schulz kaum Negatives zu hören, hilfsbereit sei er, leihe problemlos landwirtschaftliche Geräte aus und engagiere sich im Ort. In Cumlosen selber ist von Flugblättern des „Schutzbund Deutschland“ nichts zu sehen. Ähnlich sieht es auch in anderen Ortschaften aus, in denen Führungskader des „Schutzbund Deutschland“ wohnen. Ein beachtlicher Teil der Menschen im Einzugsgebiet des „Schutzbund Deutschland“ haben bereits rechtsextreme Teileinstellungen und sind daher für die Inhalte, wie sie der „Schutzbund Deutschland“ propagiert empfänglich.¹²

Zudem kommt es immer wieder zu Gewalttaten. Auch wenn nie eine direkte Verbindung zum „Schutzbund Deutschland“ nachgewiesen werden konnte, wurden Einzelpersonen aus dem Umfeld des „Schutzbund Deutschland“ immer wieder gewalttätig. So wurde zum Beispiel am 19.11.2005 ein junger Student in Wittstock wegen seiner langen Haare auf offener Straße zusammengeschlagen¹³, unter den Tätern befanden sich Personen, die eindeutig dem direkten Umfeld des „Schutzbund Deutschland“ zugeordnet werden können. Es greift eine Doppelstrategie: Auf der einen Seite versuchen sich die Führungskader des „Schutzbund Deutschland“ als bürgernah darzustellen, während das „Fußvolk“ Andersdenkende, Migranten und „Systemvertreter“ einschüchtert und auch gewaltsam bekämpft.

Die Besetzung von Räumen ist eine Aktionsform, die zunehmend von den führenden Köpfen des „Schutzbund Deutschland“ bzw. der BNO wahrgenommen wurde. Regelmäßig störten sie politische Veranstaltungen, auf denen sie die Strategie der „Wortergreifung“ anwendeten, wie sie die NPD formuliert hat. Auf einer Informationsveranstaltung zum Rechtsextremismus mit dem Mobilen Beratungsteam und Vertretern der Stadt Wittstock im Sommer 2003 forderte Mario Schulz, der mit mehreren seiner Getreuen die Veranstaltung besucht hatte, die Stadt auf, einen Jugendclub für „national gesinnte Jugendliche“ bereitzustellen. Auf einer weiteren Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus mit dem Leiter der Kripo für den Schutzbereich Ostprignitz-Ruppin und der Leiterin der Gedenkstätte Belower Wald, tauchten ca. zehn Aktivisten des „Schutzbund Deutschland“ auf (damals noch

¹² Vgl. Oskar Niedermayer/Richard Stöss: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg. Handout für die Pressekonferenz am 23.03.2005.

¹³ Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung vom 21.11.2005.

NPD) und schafften es, die gesamte Veranstaltung an sich zu reißen und die Themen vorzugeben. Die Wortführer dieser Gruppe, Mathias Wirth und Sven Knopp, hatten sich auf dieser Veranstaltung als „Bierdärmer“ darstellen können. Sie fand nur eine Woche vor den Brandenburger Kommunalwahlen statt, bei denen Mathias Wirth mit 4,1% der Stimmen ins Wittstocker Stadtparlament gewählt wurde.

Die Einflussnahme auf Heranwachsende gehört zu den wichtigsten Zielen rechtsextremer Strategen. Kinder und Jugendliche sind die Zukunft; je früher sie mit der rechtsextremen Ideologie indoktriniert werden, umso nachhaltiger ist die Wirkung. Deshalb gibt es auch im „Schutzbund Deutschland“ Personen, die Orte aufsuchen, an denen Heranwachsende sich aufhalten: Jugendclubs, Schulen, Treffpunkte an Einkaufsmärkten oder Bushaltestellen, wo sie Kinder und Jugendliche gezielt ansprechen und sich als Gesprächspartner und Kontaktperson anbieten.

Die meisten Jugendlichen sind handlungs- und erlebnisorientiert. Rechtsextreme knüpfen gezielt an die Faszination von Lagerfeuern



oder Kampfspielen im Wald, von Szenepartys oder Aufmärschen und bei der Verteilung von Flugblättern an. Dazu kommt eine möglichst persönliche Bindung, die diese Zugehörigkeit verstärken soll. Gerade in ländlichen Räumen scheint dieses Konzept der Rechtsextremen zu greifen. Die vermutlich wichtigste Bedeutung einer Organisation wie dem „Schutzbund Deutschland“ liegt somit darin, rechtsextreme Jugendmilieus zu schaffen und zu festigen.

Ausblick

Seit dem im Juli 2006 verhängten Verbot scheint der „Schutzbund Deutschland“ deutlich geschwächt. Die Ersatzorganisation „Bewegung neues Deutschland“ (BND) ist zwar im Internet vertreten und es werden auch wieder Flugblätter in der Region verteilt, aber ansonsten ist sie weniger wahrnehmbar als in der Vergangenheit. Ihre Mitglieder tauchen nicht mehr bei öffentlichen Veranstaltungen auf, organisieren keine Demonstrationen mehr und bringen sich bis auf die spärliche Verteilung von Flugblättern kaum noch in den öffentlichen Diskurs ein.

Diese „Schwächung“ ist aber sicherlich nicht nur ein Verdienst des Verbots, sondern eben auch ganz wesentlich der Kommunen und der Zivilgesellschaft in der Region. Ohne deren Engagement gegen den „Schutzbund Deutschland“ und die damit einhergehende Aufmerksamkeit wäre womöglich auch kein Verbot zustande gekommen. Hier hat die niedrigschwellige und über Jahre kontinuierliche Aufklärungsarbeit des Mobilen Beratungsteams einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Es ist anzunehmen, dass sich der „Schutzbund Deutschland“ in einer Phase der Reorganisierung befindet. Fast fünfzig Anhänger des sonst so NPD-kritischen „Schutzbund Deutschland“ waren z.B. am 21. Oktober 2006 bei einer NPD-Demonstration in Berlin-Tegel für die Freilassung von Lunikoff, Sänger der mittlerweile als „kriminelle Vereinigung“ eingestuftem rechtsextremen Kultband Landser. Der Landesverband der NPD Brandenburg hat bereits angekündigt, mit Blick auf die Kommunalwahlen 2008 den brachliegenden NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin wieder aktivieren zu wollen. Darüber hinaus gab die NPD auf einem Treffen in Alt-Friesack am 14. April 2007 bekannt, einen neuen Ortsbereich Neuruppin gegründet zu haben. Es bleibt insofern abzuwarten, welchen Lauf diese Entwicklungen in Zukunft nehmen werden.

Wolfram Hülsemann, Michael Kohlstruck, Dirk Wilking (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches
Institut für Gemeinwesenberatung**

Einblicke II

Ein Werkstattbuch

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber:

Cover: Daniel Abma

S. 8: Daniel Kause

S. 17: Uckermärkischer Anzeiger vom 10.10.2003

S. 17 u. 18: Wolfram Hülsemann

S. 22, 29, 30, 33-35 u. 39: Andrea Nienhuisen

S. 28, 40 u. 43: Daniel Abma

S. 38: Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe

S. 82, 85, 87 u. 93: Schutzbund Deutschland

S. 89: Dominique John

S. 91: Gabriele Schlamann

S. 105-108, 112-114: Informelle Gruppen. Bei Hells Angels soll es sich in den USA um ein Markenzeichen handeln.

S. 150-152 u. 161: KKJR MOL e.V.

S. 168: Ulrike Trelert

S. 169-171, 177, 183 u. 187: Karin Dörre und Jürgen Lorenz

© Dezember 2007, Potsdam

(für die elektronische Veröffentlichung korrigierte Fassung, August 2008)

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von Demokratie und Integration Brandenburg e.V.

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Sabine Garstecki, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-021870-5



Inhalt

Grußwort	5
Vorwort	7
<i>Wolfram Hülsemann</i>	
Rechtsextremismus – oder: Worüber reden wir eigentlich?	9
<i>Andrea Nienhuisen</i>	
Rechtsextreme Aufmärsche am Waldfriedhof in Halbe – der lange Weg eines Bürgerbündnisses zum Erfolg	21
<i>Jan Kasiske</i>	
Halbe 2007 – Mit Recht gegen Rechtsextrem? Über Möglich- keiten und Grenzen von Gesetzesänderungen zu Verboten von Aufmärschen Rechtsextremer	45
<i>Michael Kohlstruck, Daniel Krüger</i>	
„Die Treue ist das Mark der Ehre“	55
<i>Nicola Scuteri</i>	
Rechtsextreme Strukturen im Nordwesten Brandenburgs am Beispiel des „Schutzbund Deutschland“	79
<i>Dirk Wilking</i>	
Rechtsextremismus und Rocker im Land Brandenburg	95
<i>Ray Kokoschko</i>	
Kommunalanalyse „Für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde“	125
<i>Robin Kendon</i>	
Langjährige Beratungsprozesse in der Zivilgesellschaft im Bereich der Integration von Zuwanderern	149

<i>Karin Dörre, Jürgen Lorenz</i>	
Das MBT im Dorf. Beratung im ländlichen Raum	167
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Arbeitsfeld Elternberatung im Mobilen Beratungsteam	193